

## STREIT IN DEN UNIONS-PARTEIEN

# CDU/CSU

## Viele Stimmen statt stimmiger Konzepte Schlengerkurs statt klarer Linie Führungstreit statt starker Führung

Selbst die konservativen Medien können es nicht mehr ignorieren: CDU/CSU sind außer Tritt. Nachdem die Bundesregierung mit der AGENDA 2010 einen mutigen Reformkurs eingeschlagen hat, wird immer deutlicher: CDU/CSU haben die letzten Monate verschlafen und stehen nun „nackt“ da. Zu allen wichtigen politischen Fragen gibt es keine stimmigen Konzepte der C-Parteien, die von der Führungsspitze gemeinsam getragen werden.

So fragt zum Beispiel die Welt (18. Juni 03): „**Wer hat in der Union die Hosen an?**“ und gibt auch gleich die Antwort: Zur Zeit niemand! „**CDU gegen CSU, Ministerpräsidenten gegen Parteispitze: Das Machtvakuum in der Union führt zu Grabenkämpfen – und erschwert klare Positionen im Reformstreit.**“

Die Bild-Zeitung hat gleiches erkannt und erklärt ihren Leserinnen und Lesern (18.6.03) „**warum die Opposition gerade so schwach ist**“.

The screenshot shows a news article from the German newspaper 'Bild'. The main headline is 'Was ist bloß mit CDU & CSU los?' (What is wrong with CDU & CSU?). The sub-headline reads 'BILD erklärt, warum die Opposition gerade so schwach ist' (BILD explains why the opposition is so weak). The author is identified as 'Von ROLF KLEINE'. The article features two 'Hintergrund' (Background) sections. The first, on the left, is titled 'Berlin – Es könnte alles so schön sein für Angela Merkel...!' and includes a photo of Angela Merkel. The second, on the right, is titled 'Wahlkämpfer Stoiber' and includes a photo of Wolfgang Stoiber. The text between the sections discusses the CDU's current position, mentioning a 46% poll lead and the challenges posed by the red-green coalition and budget deficits.

So geht es weiter. Die Financial Times (19.6) sieht „**Hitzige Machtspiele ohne Strategie**“ und fordert „**Die Union muss sich entscheiden – für eine konstruktive Politik oder die Spekulation auf Neuwahlen**“. Die Stuttgarter Zeitung titelt „**Union auf Schlengerkurs**“.

Streit gibt es in der Union zur Zeit vor allem um die Gesundheitsreform, den Vorschlag Horst Seehofers für eine „Bürgersicherung“, um ein Vorziehen der Steuerreform und die damit verbundene Rückführung von Subventionen und um die europäische Verfassung. Hinter diesen sachpolitischen Themen schwelen Strategiefragen (Totalblockade oder Mitarbeit an den Reformen, Wahlkampf in Bayern) und die – immer noch oder schon wieder – offene Führungsfrage der Union. Es geht um die Kanzlerkandidatur 2006 und da gibt es hinter Angela Merkel, die ängstlich darauf achtet keine Fehler zu machen, schon wieder jede Menge Konkurrenz – angeführt vom Hessen Roland Koch, der seine Position im Bundesrat zum eigentlichen Machtzentrum der Union ausbauen will.

Blockieren oder mitgestalten? Diese Streitfrage spaltet die Union. Unstrittig ist aber, dass CDU/CSU auf die dringend notwendigen Reformen nicht vorbereitet sind. Die Union hat Monate tatenlos verstreichen lassen, ohne eigene tragfähige Reformkonzepte zu entwickeln. Der Kompromiss zur Gesundheitspolitik wurde erst in der letzten Minute mit der heißen Nadel gestrickt.

**Friedrich Merz (stellvertr. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion):**

„Unsere Kommunikationsstrategie war auf Ablehnung einer Reform ausgerichtet und nicht auf eine eigene, bessere. Das war ein Fehler, ich bin da ein Stück mit für verantwortlich. Trotzdem liegen wir in der Sache richtig.“  
(Der Tagesspiegel, 10.6.03)

**Kurt Lauk (Präsident des CDU-Wirtschaftsrats):**

„Es wäre fatal, wenn der Eindruck entsteht, daß der Kanzler mit höherem Einsatz für Reformen kämpft als die Union.“  
(FAZ, 8.6.03)  
„Der Wirtschaftsrat kritisiert das Meinungsdesaster in der Union.“  
(zit. Nach: FTD 17.6.03)

Dabei wird auch die persönliche Auseinandersetzung in der Unionsspitze immer härter. Insbesondere Horst Seehofer, profiliertester Sozialpolitiker der Union und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, da er die CDU/CSU Gesundheitspläne scharf angegriffen und ihre soziale Unausgewogenheit betont hat.

**Horst Seehofer (stellvertr. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion):**

„Ich verbiege mich nicht mehr und lasse mir auch von Vorsitzenden nicht mehr vorschreiben, was ich zu denken habe, wenn ich prinzipiell anderer Meinung bin.“  
ntv, 18.6.03  
**Edmund Stoiber:**  
„Horst Seehofer hat mein volles Vertrauen.“  
(dpa, 18.6.03)

**Friedrich Merz (über Horst Seehofer):**

„Er nimmt ja an den Sitzungen bei uns kaum noch teil, gibt dafür eine große Zahl von Interviews. Ich kann es nicht mehr erklären, was mit ihm los ist. Man kommt auch kaum noch an ihn heran.“  
(Deutschlandfunk 17.6.03)

## PRESSESTIMMEN

FINANCIAL TIMES Deutschland (17.6.03)

„Zu vielen aktuellen Politikfeldern hat die Union noch keine gemeinsame Linie gefunden. Eine Alternative zu Bundeskanzler Gerhard Schröders Reformagenda 2010 ist sie ebenso schuldig geblieben wie eine Antwort auf Finanzminister Hans Eichels Angebot, die Endstufe der Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen.“

**NDR** (16.6.03)

„Gut, dass die Union in der Opposition sitzt. In ihrer derzeitigen Verfassung ist sie nicht regierungsfähig und nicht in der Lage, dieses Land zu reformieren. Schön wäre es deshalb, wenn CDU und CSU die notwendigen Reformen nicht auch noch blockieren. Im Augenblick jedenfalls bremst die Union, und wenn sie Gas gibt, dann versucht sie Rotgrün links zu überholen. Das ist für Deutschlands Konservative nicht der Weg zum Sieg. Das ist der sichere Weg ins Kiesbett.“

**Sächsische Zeitung** (17.6.03)

„Die Unentschlossenheit der Union hat vor allem taktische Gründe: Blockieren oder reformieren. Die Union kann sich zwischen diesen beiden Polen nicht richtig entscheiden. Deshalb bietet sie derzeit ein verheerendes Bild.“



Die Vorschläge zur Gesundheitsreform, auf die sich CDU und CSU nach tagelangem Streit geeinigt haben, belasten einseitig die gesetzlich versicherten Bürgerinnen und Bürger zu Gunsten der privaten Krankenversicherung:

- Alle gesetzlich Versicherten sollen künftig 10 % aller medizinischen Leistungen selbst bezahlen, mindestens 5 € pro Arzt- bzw. Krankenhausbesuch. Die Eigenleistung soll auf maximal 2 % des Jahresbruttoeinkommens begrenzt werden. Konsequenz: Gesetzlich Versicherte mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2500 € müssen jährlich bis zu 600 € zusätzlich zu ihren Versicherungsbeiträgen zuzahlen. Betroffen sind vor allem chronisch Kranke; Besserverdienende können in eine private Kasse wechseln.
- Kassenpatienten sollen für Zahnersatz künftig eine private Pflichtversicherung abschließen.

Die Vorschläge, die die zuständige Unionskommission unter Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zur Zeit erarbeitet, gehen noch viel weiter. Die Herzog-Kommission plädiert für weitere gravierende Privatisierungen wie die vollständige Herausnahme von Zahnbehandlungen und privaten Unfällen aus der gesetzlichen Krankenversicherung.

Für Horst Seehofer schießen die Pläne weit übers Ziel hinaus. Dabei zieht er vor allem den von der Union „errechneten“ Tarif für die private Zahnersatzversicherung (7,50 Euro) in Zweifel. Nach seiner Ansicht hat die Private Versicherungswirtschaft den Tarif bewusst „klein“ gerechnet. Seehofer: „Ich halte 7,50 Euro für nicht plausibel.“ (Berliner Zeitung 20.6.03).

Bisheriges Ergebnis des Hick-Hacks: Der wichtigste und erfahrenste Sozialpolitiker der Union stemmt sich offen gegen den gesundheitspolitischen Kurs der Unionsführung. Dennoch wird er Verhandlungsführer der Unionsparteien. Bei den Verhandlungen muss er aber ein Konzept vertreten, dass er für grundlegend falsch hält.

### Horst Seehofer:

„Die radikalen Reformvorschläge, die vor allem von Wirtschaftsverbänden, aber auch aus Teilen der Union gemacht werden, entlasten die Besserverdienenden und belasten die sozial Schwachen.“ (Bild am Sonntag, 15.06.2003)

„Bei einer Privatisierungsorgie mache ich nicht mit.“

(Süddeutsche Zeitung, 16.6.03)

„Ich halte den eingeschlagenen Weg für falsch und sage deshalb: No.“

(Frankfurter Rundschau, 17.6.06)

### Friedrich Merz:

„Wer sich von Anfang an sorgfältig die Zähne pflegt, braucht auch in Zukunft keinen Zahnersatz.“

(ddp, 17.06.2003)

### Christian Wulff

(Ministerpräsident Niedersachsen):

„Patienten, die den Arztbesuch zu zehn Prozent selbst zahlen, verhalten sich kostenbewusster.“

(Hannoversche Neue Presse, 19.6.03)

## PRESSESTIMMEN

FINANCIAL TIMES Deutschland (16.6.03)

„Die Auseinandersetzung (um die Gesundheitsreform) offenbart den schlechten Zustand der Opposition. Monatelang haben CDU und CSU damit verbracht, die Gesundheitsministerin zu kritisieren, ohne sich Gedanken über Alternativen zu machen. Als die Zeit drängte, kam es zum Beinahe-Zerwürfnis Seehofers mit der Schwesterpartei CDU.“

## Streitpunkt Bürgerversicherung

Mit seinem Vorschlag einer Bürgerversicherung, die auch Selbständige, Besserverdienende und Beamte in die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezieht, steht Horst Seehofer völlig am Rande der Union – und erhält nur Unterstützung von den Exponenten der alten CDU-Garde Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf.

**Kurt Biedenkopf**  
(ehem. Ministerpräsident Sachsen):

„Wir müssen das (Grundsicherung) machen, weil das System sonst nicht mehr finanzierbar ist.“

(Sächsische Zeitung, 17.6.03)

**Christian Wulff:**

„Das halte ich nicht für finanzierbar. Sehr gut klingend und gut gemeint ist ja in der Politik nicht gut gemacht.“

(Deutschlandfunk 16.06.03)

**Erwin Huber (CSU):**

„Die Bürgerversicherung war nie eine Position der CSU.“ (ddp, 16.6.03)

**Laurenz Meyer:**

„Ich glaube, dass das eine Einzelmeinung ist von Herrn Seehofer, auch innerhalb der CSU nicht abgestimmt. Das ist nicht unsere Position.“ (ARD 16.6.03)

## Streitpunkt Steuerpolitik und Subventionsabbau

„Wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen hatte die Union auf die Ankündigung von Bundesfinanzminister Hans Eichel reagiert, die Steuerreform eventuell auf 2004 vorzuziehen,“ analysiert ddp (16.3.03) das Stimmengewirr in der Union zur Steuerpolitik. In der Tat: CDU/CSU – sonst mit Forderungen nach Steuersenkungen immer schnell bei der Hand – haben sich bislang nicht zu einer einheitlichen Position durchringen können.

Streit auch um den notwendigen und von vielen geforderten Abbau von staatlichen Subventionen. Hier gilt in der Union: Kirchturmspolitik statt gesamtstaatlicher Verantwortung. Während zum Beispiel Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt bereit ist, die generelle Eigenheimzulage abzubauen, verteidigt sie Bayerns Ministerpräsident – zur Zeit im Landtagswahlkampf - mit Zähnen und Klauen.

**Jürgen Rüttgers (Vorsitz.CDU NRW):**

„Die Union darf sich einem vernünftigen Vorschlag im Interesse einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung nicht verweigern“ (Tagesspiegel, 15.06.03)

**Kurt Lauk (Präsident des CDU-Wirtschaftsrats):**

„Die Zeit für Steuersenkungen durch ein Vorziehen der Reform von 2005 auf 2004 sei bei aller Kritik an den Details absolut richtig. Die Union hat genügend Zeit gehabt, sich darauf vorzubereiten.“ (dpa, 16.06.2003)

**Georg Milbradt (Ministerpr. Sachsen):**

„Wenn es machbar ist, die Steuersätze schneller zu senken als vorgesehen, warum nicht?... Dort, wo eine Subvention keine Förderung der Zukunftsfähigkeit darstellt, sondern letzten Endes nur Bestehendes bewahrt, werden wir kürzen müssen. (Frage: Das gilt für Nacht und Sonntagszuschläge?) „Ja und für die Entfernungs-pauschale und für die Eigenheimförderung auch.“ (Berliner Zeitung 18.6.03)

**Edmund Stoiber (CSU-Vorsitzender):**

„Wir stimmen keiner Politik zu, die Steuersenkungen verkündet und dann hintenherum wieder neu abkassiert.“

(Bild am Sonntag, 15.06.03)

**Angela Merkel (CDU-Vorsitzende):**

„Das Vorziehen dieser letzten Stufe von 2005 auf 2004 ist aus Sicht der Union nur dann möglich, wenn vorher der notwendige Spielraum dafür erarbeitet wird.“

(Financial Times, 16.6.03)

**Friedrich Merz:**

„Wir sind nicht bereit, Harakiri zu machen.“ (ddp, 16.06.2003)

**Roland Koch (Ministerpr. Hessen):**

„Panik-Plan“ – „Dabei wird Hans Eichel sicher nicht unsere Unterstützung haben.“ (Bild, 17.06.2003)

**FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** (FAZ 17.6.03)

„Die Union ist in der Finanz- und Sozialpolitik nicht mehr satisfaktionsfähig. Ihre Führungsfiguren und solche, die es werden wollen, beharken sich mit Unvereinbarem. Fordert die eine breiten Subventionsabbau, zählt die andere unverzüglich die Staatshilfen auf, die sakrosankt sind.“

**BILD am SONNTAG** (BamS 15.6.03)

„Den Staat entschieden sanieren, damit die Steuern schnell runter können und die Wirtschaft anspringt - das hat die Opposition doch vor und nach der Wahl ständig gefordert. Und nun, da die Forderung womöglich erfüllt wird, stellt CDU-Chefin Merkel plötzlich Bedingungen. Anstatt mitzusuchen, wo der Staat an anderer Stelle sparen könnte, duckt sie sich hinter Finanzminister Eichel weg. Der Grund ist klar: Die Union, die im Bundesrat Steuersenkungen mit beschließen muss, hat selbst keine Sparvorschläge. Und ihr fehlen der Mut und die Einigkeit, sich auch zu unpopulären Kürzungen zu bekennen.“

**NDR** (16.6.03)

„Die großen Unions-Reformer verlässt - kaum wird es konkret - gleich reihenweise der Mut. Stoiber erklärt die unsinnigen Agrarsubventionen zum Tabu, Wulff kämpft nur noch für die Pendlerpauschale, Merz für die Eigenheimzulage und der am liebsten martialisch auftretende Koch hat die Hosen so voll, dass er sich nur einen pauschalen Subventionsabbau um schlappe 10 Prozent in drei Jahren vorstellen kann.“

**Streitpunkt Europapolitik**

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel begrüßt ausdrücklich den Entwurf einer europäischen Verfassung, CSU-Chef Edmund Stoiber hat massive Bedenken. Sehr zum Ärger der CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok und Hans-Gert Pöttering.

**Michael Glos (stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)**

„Wir wollen als CSU im Grunde keine Verfassung Europas.“ (dpa, 12.6.03)

**Edund Stoiber:**

„Übe die Hintertür könnte es dazu kommen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende von der EU per Mehrheitsabstimmung geregelt wird. Das ist aus deutscher Sicht nicht akzeptabel. Wenn sich hier nichts ändert, würden wir dem in Bundesrat und Bundestag nicht zustimmen können.“ (Financial Times Deutschland, 16.6.03)

**Thomas Goppel (CSU-Generalsekretär):**

„In diesem Stadium ist überhaupt nicht zu sagen, wer wie wann stimmt.“ (Passauer Neue Presse, 17.6.03)

**Angela Merkel:**

„Die heute beschlossenen Teilentwürfe für eine europäische Verfassung sind ein großer Erfolg für Europa.“

(Pressemitteilung CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 13.6.03)

**Elmar Brok (MdEP):**

„Entweder urteilt Ministerpräsident Stoiber nicht auf der Grundlage der Verfassungstexte, oder seine Ablehnung des Verfassungstextes stand schon vorher fest.“

(Die Welt, 17.6.03)

**Süddeutsche Zeitung**

„Entscheidend ist die Frage, ob das Land besser aufgehoben wäre, wenn die Phantasie Realität wäre, wenn Schwarz-Gelb regieren würde statt Rot-Grün. Und die Antwort, zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls, lautet: Nein.... Neun Monate nach der Bundestagswahl darf immer noch gerätselt werden, wer in der Union was zu sagen hat, wer das Chaos ordnen kann. Merkel? Stoiber?“